



Medienmitteilung

Datum 26. Juni 2008

Bundshaushalt auf Zielkurs: Voranschlag 2009 mit über einer Milliarde Überschuss

Der Bundesrat hat gestern den Voranschlag 2009 und den Finanzplan 2010-2012 materiell verabschiedet. Der Voranschlag sieht im nächsten Jahr einen Überschuss von gut 1,4 Milliarden vor: Einnahmen von 60 Milliarden stehen Ausgaben von 58,6 Milliarden Franken gegenüber. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden damit um über 1 Milliarde übertroffen. Das Ausgabenwachstum liegt mit 3 Prozent leicht unter dem prognostizierten nominellen Wirtschaftswachstum. Nebst einer hohen Budgetdisziplin trägt auch eine Kreditsperre in der Höhe von 1 Prozent zu diesem Resultat bei. In den Finanzplanjahren rechnet der Bundesrat ebenfalls mit Überschüssen, wenn auch in geringerem Umfang. Das Ziel der Aufgabenüberprüfung, das Ausgabenwachstum bei 3 Prozent zu stabilisieren, bleibt in Reichweite.

Die Einnahmenschätzungen basieren auf den aktuellen Konjunkturprognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft secO. Dieses erwartet für 2009 ein nominelles Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent (real 1,3 %); in den Finanzplanjahren wird ein nominelles Wirtschaftswachstum von 3 Prozent unterstellt.

Der Bundesrat geht daher weiterhin von einer stabilen Einnahmenentwicklung aus. Im *Voranschlag* rechnet er mit einem Einnahmenwachstum von 3,4 Prozent, was einem Anstieg um 2 Milliarden Franken entspricht. Dieser Zuwachs ist zu einem grossen Teil auf die Direkte Bundessteuer zurückzuführen, welche mit einer gewissen Verzögerung auf die gute Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre reagiert, sowie auf die Mehrwertsteuer, die im Gleichschritt mit dem nominellen Bruttoinlandprodukt (BIP) wächst.

Die Auswirkungen der Finanzkrise sind in den Einnahmenschätzungen berücksichtigt. Bisher haben sie sich hauptsächlich in Schätzkorrekturen bei der Stempelsteuer und der Direkten Bundesteuer (Gewinnsteuer) niedergeschlagen. Innerhalb der Direkten

Medienmitteilung

Bundessteuern wurde die Reduktion jedoch zum Teil durch höhere Einkommenssteuern kompensiert.

Im *Finanzplan* dürfte das Einnahmenwachstum mit durchschnittlich 3,3 Prozent pro Jahr leicht über dem erwarteten Wirtschaftswachstum liegen. Dies ist insbesondere auf zwei Sonderfaktoren zurückzuführen: die (insgesamt haushaltneutrale) Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV ab 2010 und die ab 2008 erhobene CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, welche ab 2010 als ordentliche Einnahme verbucht wird. Ohne diese zwei Sonderfaktoren beträgt das geplante Einnahmenwachstum in den Jahren 2008-2012 jährlich 2,6 Prozent und liegt damit unter dem für diese Periode prognostizierten Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,2 Prozent. Diese insgesamt eher vorsichtige Schätzung der Einnahmenentwicklung trägt den gegenwärtigen konjunkturellen Unsicherheiten Rechnung.

Einnahmen und Ausgaben im Voranschlag 2009 und Finanzplan 2010-2012

in Mrd CHF	VA 2008	VA 2009	Δ 08/09	FP 2010	FP 2011	FP 2012	ØΔ 08/12 (pro Jahr)
ordentliche Einnahmen	58,0	60,0	3,4%	62,0	64,2	66,0	3,3%
ordentliche Ausgaben (vor Abbauvorgabe*)	56,9	58,6	3,0%	61,8	63,7	65,3	3,5%
ordentliches Ergebnis (vor Abbauvorgabe*)	1,1	1,4		0,2	0,5	0,7	
ordentliche Ausgaben (inkl. Abbauvorgabe*)	56,9	58,6	3,0%	61,5	62,7	64,2	3,1%
ordentliches Ergebnis (inkl. Abbauvorgabe*)	1,1	1,4		0,5	1,5	1,8	

* Die Abbauvorgabe an die Aufgabenüberprüfung von 600 Millionen (2010) bzw. 1 200 Millionen (ab 2011) ist bis heute erst teilweise umgesetzt (2010: ~300 Mio.; 2011: ~170 Mio.; 2012: ~100 Mio.). Die verbleibende Vorgabe wird vorläufig «unter dem Strich» geführt.

Eindämmung des Ausgabenwachstums

Die Ausgaben steigen im *Voranschlag* gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Milliarden Franken beziehungsweise 3 Prozent an. Damit liegt der budgetierte Ausgabenzuwachs unter dem angenommenen Einnahmenwachstum. Der resultierende Überschuss von 1,4 Milliarden liegt deutlich über dem von der Schuldenbremse geforderten konjunkturellen Saldo von 0,3 Milliarden.

Im Voranschlag führt das budgetierte Ausgabenwachstum von 3 Prozent bei einer angenommenen Wirtschaftsentwicklung von 3,6 Prozent zu einem leichten Rückgang der Staatsquote. Nebst der konsequenten Wahrung der Budgetdisziplin trägt auch eine vom Bundesrat festgelegte Kreditsperre zur erfolgreichen Einhaltung der finanzpolitischen Ziele des Bundesrats bei: Gestützt auf Art. 37a des Finanzhaushaltgesetzes werden sämtliche Kredite, welche nicht gesetzlich oder vertraglich gebunden sind, im Umfang von 1 Prozent gesperrt. Dadurch wird der Haushalt im Umfang von etwas mehr als 200 Millionen entlastet.

Auch in den *Finanzplanjahren* entwickelt sich das Ausgabenwachstum in etwa gemäss dem vom Bundesrat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung festgelegten mittelfristigen Zielwachstum von 3 Prozent. Voraussetzung für diese zielkonforme

Medienmitteilung

Entwicklung ist jedoch, dass die Abbauvorgaben an die Aufgabenüberprüfung in den Jahren 2010 (600 Mio.), 2011 und 2012 (1200 Mio.) mittels konkreter Reformen vollständig umgesetzt werden. Der grösste Teil dieser Vorgaben (über 1 Mrd. in den Jahren 2011 und 2012) ist derzeit noch nicht auf einzelne Aufgabengebiete umgelegt worden und erscheint deshalb im Zahlenwerk vorläufig «unter dem Strich».

Ausgabenentwicklung in den grössten Aufgabengebieten* (2009 inkl. Kreditsperre; 2012 vor Umsetzung der Abbauvorgabe)

	VA 2009 (in Mrd.)	Δ 08/09 (in Mrd.)	Δ 08/09	FP 2012 (in Mrd.)	Δ 08/12 (in Mrd.)	Ø Δ 08/12 pro Jahr
Gesamtausgaben	58,6	+1,7	+3,0%	65,3	+8,4	+3,5%
Soziale Wohlfahrt	18,3	+0,7	+4,1%	21,4	+3,8	+5,0%
Finanzen und Steuern	10,8	+0,3	+2,5%	11,3	+0,8	+1,9%
Verkehr	7,8	+0,2	+3,0%	8,4	+0,8	+2,6%
Bildung und Forschung (exkl. ETH-Miete)	5,4	+0,2	+4,5%	6,4	+1,2	+5,3%
Landesverteidigung	4,6	+0,03	+0,8%	4,9	+0,3	+1,8%
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	+0,1	+3,0%	3,7	+0,2	+1,2%
Beziehungen zum Ausland / Intern. Zusammenarbeit	2,6	+0,1	+5,4%	2,9	+0,4	+3,6%

* Die Auswertung nach Aufgabengebieten kann sich in der Botschaft zum Voranschlag 2009 und dem Finanzplan 2010-12 noch leicht ändern.

Im *Voranschlag* findet der grösste Teil des Ausgabenzuwachses in der *Sozialen Wohlfahrt* (+720 Mio.) statt. Insbesondere die Neuschätzungen der Kosten für die Rentenanpassungen führen zu einem deutlichen Anstieg des Beitrags des Bundes an die AHV.

Je rund 230 Millionen des Ausgabenanstiegs entfallen auf die Bildung und den Verkehr. Im Aufgabengebiet *Bildung und Forschung* liegt der Zuwachs (+4,5 %) unter dem für die BFI-Periode 2007-2011 vorgesehenen Anstieg von 6,2 Prozent. Dies liegt zum einen daran, dass das Aufgabengebiet auch Aufgaben ausserhalb des BFI-Bereichs umfasst, die ein niedrigeres Wachstum aufweisen. Zum andern hat ein grosser Teil des Zuwachses bereits im Voranschlag 2008 stattgefunden (Wachstumsraten 2007/08 ohne Verzerrungen: +6,7 %).

Im *Verkehr* entfallen rund drei Viertel des Ausgabenzuwachses auf den öffentlichen Verkehr, (+170 Mio.; +3,6 %), wobei insbesondere die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte zum Anstieg beiträgt. Der Strassenverkehr weist mit einem Zuwachs von gut 50 Millionen eine Wachstumsrate von rund 2 Prozent auf.

Im Aufgabengebiet *Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit* (+130 Mio.) steigt die Entwicklungshilfe im Voranschlag im Gleichschritt mit dem prognostizierten nominellen Wirtschaftswachstum an (+3,6 %). Damit kann die ODA-Quote (Entwicklungshilfe im Vergleich zum Bruttonationaleinkommen) auf einem Niveau von rund 0,4 Prozent stabilisiert werden.

Daneben tragen auch die Aufgabengebiete Finanzen und Steuern (+270 Mio.) und Landwirtschaft (+110 Mio.) überdurchschnittlich zum Zuwachs bei.

Medienmitteilung

Im *Finanzplan* wird der Zuwachs in der *Sozialen Wohlfahrt* durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV verzerrt: 1,2 Milliarden des Anstiegs in diesem Aufgabengebiet sind auf die Weiterleitung der ab 2010 erhobenen zusätzlichen Mehrwertsteuererträge an die IV zurückzuführen. Ohne diese Sondereffekte würde der durchschnittliche Ausgabenzuwachs in diesem Aufgabengebiet bei 3,5 Prozent liegen. Abgesehen von der Sozialen Wohlfahrt weist der *Bildungsbereich* in der Finanzplanperiode mit kumuliert 1,2 Milliarden den grössten Zuwachs auf. Die Wachstumsraten im aktuellen Finanzplan widerspiegeln damit bereits das vom Bundesrat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung festgelegte Prioritätenprofil, welches dem Bildungsbereich und der Sozialen Wohlfahrt mit 4,5 bzw. 4,4 Prozent die höchsten Zielwachstumsraten bis 2015 zugesteht.

Ausgaben- und Einnahmenquote des Bundes praktisch stabil*

<i>in % des BIP</i>	VA2008	VA2009	FP2010	FP2011	FP2012
Ausgabenquote	10,7	10,6	10,8	10,7	10,6
Einnahmenquote	10,9	10,9	10,9	11,0	10,9

*ohne ausserordentliche Ausgaben / Einnahmen

Voranschlag und Finanzplan trotz drohenden Mehrbelastungen auf Zielkurs

Mit jährlichen Überschüssen in der Grössenordnung von 500 Millionen bis 1,8 Milliarden zeichnen die Bundesfinanzen in Voranschlag und Finanzplan ein positives Bild. Dies darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass der Haushalt in den kommenden Jahren mit erheblichen Risiken konfrontiert sein wird:

Zunächst besteht Unsicherheit bezüglich der konjunkturellen Entwicklung. Eine Verschärfung der Kreditkrise oder negative Wachstumsimpulse aus den anhaltend hohen und weiter steigenden Rohstoffpreisen könnten die Ergebnisse verschlechtern. Um die möglichen Auswirkungen eines Konjunkturerinbruchs einzuschätzen, hat die Eidg. Finanzverwaltung ein Szenario simuliert, das eine Stagnation der Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2009 mit anschliessend gradueller Erholung unterstellt. Unter diesen Annahmen wären gegen Ende der Finanzplanperiode negative Auswirkungen in der Grössenordnung von bis zu zwei Milliarden zu erwarten.

Sodann stehen verschiedene aufgabenseitige und steuerseitige Reformen im Raum, welche ebenfalls zu deutlichen Mehrbelastungen des Bundeshaushalts führen können:

Zu den derzeit diskutierten strukturellen Reformen auf der Aufgabenseite zählen unter anderem Mehrbelastungen im Bereich der Landwirtschaft (WTO-Runde, Agrarfreihandelsabkommen mit der EU), im Infrastrukturbereich (u.a. zukünftige Entwicklung der Eisenbahninfrastrukturen, Erweiterung des Nationalstrassen-netzbeschlusses, zusätzliche Einlagen in den Infrastrukturfonds) sowie bei den Sozialversicherungen (Ergänzungsleistungen für Familien).

Gleichzeitig sind mit der Mehrwertsteuervorlage, der geforderten Reform der Familienbesteuerung oder einer weiteren Reform der Unternehmensbesteuerung verschiedene steuerseitige Reformen im Gang, die leicht zu erheblichen Einnahmeneinbussen führen können.

Medienmitteilung

Insgesamt drohen Mehrbelastungen in der Grössenordnung von jährlich bis zu 10 Milliarden. Vorrangiges Ziel des Bundesrats ist es deshalb, das Ausgabenwachstum bereits heute auf ein längerfristig nachhaltiges Niveau einzudämmen. Das heute verabschiedete Zahlenwerk stellt dazu einen wichtigen Meilenstein dar: Das geplante Ausgabenwachstum von 3 Prozent in Voranschlag und Finanzplan entspricht der vom Bundesrat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung festgelegten Zielwachstumsrate für den Gesamthaushalt. Voranschlag und Finanzplan stellen damit eine solide Ausgangsbasis für die im Rahmen der Aufgabenüberprüfung geplanten weitergehenden strukturellen Reformen dar. Das Ziel, die Staatsquote mittelfristig zu stabilisieren und so Handlungsspielräume für künftige Herausforderungen zu schaffen, bleibt damit in Reichweite.

Auskunft: Karl Schwaar, Vizedirektor der Eidg. Finanzverwaltung, 031 322 60 51